

Danziger Zeitung.

No 17807.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethhergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. Inzerate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 30. Juli. (Privattelegramm.) Die Beförderung der Regierung zu Marienwerder gegen den Zug von Ausländern polnischer Nationalität beruht auf einem Erlaß des Ministers des Innern an die Oberpräsidenten der östlichen Provinzen.

— Aus Pest wird gemeldet, der deutsche Reichskanzler habe die Schweineinfuhr vom Steinbrucher Viehmarkt unter Beibringung Steinbrucher Herkunftszertifikate gestattet unter Anwendung einer zehntägigen Quarantäne.

Paris, 30. Juli. (M. L.) Der Schah von Persien ist in Cherbourg eingetroffen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 30. Juli

Eine griechische Stimme über die „Frictionen“.

Ein Telegramm in der gestrigen Abendnummer machte uns bereits auf einen Artikel der in Athen erscheinenden „Akropolis“ aufmerksam, welcher sich mit den angeblichen Frictionen in den Berliner Regierungskreisen beschäftigt. Die „Akropolis“ ist in Athen viel gelesen, gemäßigt conservativ und sehr deutschfreundlich. Der Artikel, von dem die „Frankf. Ztg.“ eine Uebersetzung bringt, ist jedenfalls auch für die Leser in Deutschland von Interesse, wenn es auch dahingestellt bleiben muß, inwieweit die Auslassungen des griechischen Blattes in allen Punkten richtig sind.

Der Artikel beginnt damit, daß bekanntlich Graf Herbert Bismarck seinen Vater in der auswärtigen Politik vertritt, und daß gewisse officiöse Blätter sich deshalb schon lange daran gewöhnt hätten, an die beiden Pitts in England zu erinnern; es sei aber bald zu merken gewesen, daß der Kaiser Wilhelm trotz aller Verehrung für den Vater dem Sohne nicht das gleiche Vertrauen entgegenbringe. Die deutsche auswärtige Politik habe eine Reihe von Ergebnissen aufzuweisen, welche die oppositionelle Presse zu dem Schlagworte veranlaßt habe: „Es gelingt nichts mehr.“

„Mar konnte sich dies Wort“ — fährt der Artikel fort — „nicht gerade auf große Ereignisse beziehen; aber die Prozesse gegen den Professor Giffard und etliche freisinnige Zeitungen in Betreff des Tagebuches des Kaisers Friedrich hatten die Person des Kaisers Wilhelm II. in Mitleidenhaft gezogen und das vollständige Mißlingen dieser Prozesse mußte das monarchische Interesse schädigen. Das gleiche Ergebnis hatte die bedenkliche diplomatische Campagne gegen den britischen Gesandten in Petersburg, Morrier, welche den übelsten Eindruck machte. Hinsichtlich der ersten Fälle sah sich Fürst Bismarck genötigt, früher von ihm verfaßte Immediatberichte zu veröffentlichen, welche den unangenehmen Eindruck jedoch keineswegs verwischten. Und als gar gegen alles Recht und Gesetz die Anklage gegen Giffard, trotz des abweisenden Beschlusses des Reichsgerichts, veröffentlicht wurde, da glaubte selbst die conservative „Augsburger“ davor warnen zu müssen, das monarchische Gefühl im Volke durch weitere Fehler noch mehr zu erschüttern! Doch die Reihe der Mißerfolge war noch nicht abgeschlossen, in Zanibar, auf den Samoaineln und jetzt neuerdings in der Schweiz erzielte die deutsche Diplomatie keineswegs Lorbeeren.“ Für jeden Rundblick sei es aber klar gewesen, daß mit diesen Ereignissen die Theilnahme des Grafen Herbert Bismarck an der auswärtigen Politik zusammentraf; und in gewissen conservativen Kreisen habe man auch bald dem Sohne des Reichskanzlers die Schuld für die Mißerfolge zugeschrieben.

„Seit dieser Zeit aber“ — sagt der Artikel der „Akropolis“ weiter — „fürchtet der Reichskanzler, der seinen Sohn Herbert so gerne zu seinem Nachfolger machen möchte, der Kaiser könnte den zukünftigen Kanzler aus einem anderen Kreise entnehmen. Als dieser „kommende Mann“ aber gilt der Graf Waldersee, welcher seinerseits wieder als der Vertreter der „Kreuzzeitungspartei“ angesehen wird.“ Natürlich sind gewisse officiöse Organe, welche meist noch bismarckischer als Bismarck sein wollen, schnell bei der Hand, die „Partei Waldersee-Kreuzzeitung“ beim Kaiser und vor dem Auslande als diejenige zu verächtlichen, welche das Reich in kriegerische Gefahr zu stürzen bereit sei. Der Kaiser freilich scheint sich wenig um diesen officiösen Selbstzug zu kümmern, denn trotz aller Angriffe auf Waldersee hat er sich diesen doch zum Begleiter auf seiner Nordlandreise bestimmt, und die „Kreuzzeitung“, die gegenwärtig auf dem Gebiet der äußeren Politik eine ziemlich laute Sprache führt, scheint sich doch der Sympathien gewisser Hofkreise zu erfreuen. Bemerkenswerth ist auch, daß während die von Bismarck Vater und Sohn geleitete Campagne gegen die Schweiz in den Blättern des Kanzlers ihren Höhepunkt erreichte, der Kaiser selbst in Süddeutschland sich in sehr warmer Weise der Schweiz gegenüber aussprach, und daß Graf Waldersee angekündigt hat, er werde in diesem von dem Reichskanzler geachteten Lande auf mehrere Wochen seinen Sommeraufenthalt nehmen. Es scheint also, daß die beiden ersten Heeresführer Deutschlands, der Kaiser und der Chef seines Generalstabes, es nicht als der Würde des mächtigsten europäischen Militärstaates entsprechend erachten, durch Kriegsandrohungen auf die kleine Schweiz einen Zwang auszuüben.“ — „Kaiser Wilhelm achtet und ehrt in dem Fürsten Bismarck den ersten Förderer der deutschen Einigung und den bewährten Berater seines Großvaters, und

an einen Rücktritt des Kanzlers ist nicht zu denken. Ebenso ausgeschlossen erscheint es jedoch auch, daß Graf Herbert der Nachfolger seines Vaters wird. Im Gegentheil hat es den Anschein, als ob Kaiser Wilhelm sein eigener Kanzler werden wird. Ja, wenn nicht alle Zeichen trügen, dürften wir einer Epoche entgegengehen, die im Gegentheil zu der bisherigen, wo die „Aera Bismarck“ die persönliche Initiative der Monarchen hinter der Staatenleitung der europäischen Ministerpräsidenten zurücktreten ließ, unter dem Vortritt des jungen deutschen Kaisers die selbstthätige Politik der Herrscher als charakteristisches Kennzeichen tragen wird.“

Der geringe Nutzen der Getreidezölle für die Landwirtschaft des Ostens.

Als im Jahre 1879 die Getreidezölle eingeführt wurden, waren die Großgrundbesitzer des Nordostens diejenigen, welche am eifrigsten für dieselben eintraten. Sie dachten Wunder, welches Glück ihnen dadurch zu Theil wurde. Sie haben sich getäuscht. Die Schutzpolitik erweist sich auf die Länge für jedes Land verhängnisvoll. Aber sie läßt sich auf Kosten der Armen zu Gunsten der Großen eher ertragen in einem so centralisirten, sich mit seinen Grenzdepartements nach aller Welt öffnenden Lande wie Frankreich. In einem Lande wie Deutschland ist sie schwerer zu überstehen. Auch die Landwirtschaft Ost- und Westpreußens hat Nutzen davon, wenn man dort aus Rußland möglichst billig kaufen, aber mit möglichst gutem Nutzen auf dem englischen Weltmarkt verkaufen kann. Durch die russische Schutzpolitik wurde die Landgrenze nach der einen Seite verschlossen, durch die deutsche Schutzpolitik ist ihnen noch der Absatzmarkt nach der anderen Seite verschlossen. Die ostpreussischen Landwirthe wollen nun aufs neue einkommen um die Aufhebung des Identitäts-Nachwelses für Getreide; wenn dies aber, da Finanzminister v. Scholz dem energisch widerspricht, nicht zu erreichen sein sollte, so wollen sie wenigstens die Aufhebung des Identitäts-Nachwelses für Mehl empfehlen. Das ist ein künstliches Mittel, um einen künstlich geschaffenen Uebelstand zu beseitigen.

Es giebt nur ein natürliches Mittel, welches allen geschädigten Interessen gleichmäßig Abhilfe bringt: die Aufhebung der Getreidezölle. Das wollen die Herren Graf Udo Stolberg u. Gen. nicht, und so lange sie auf diesem Standpunkt verbleiben, ist ihnen auch nicht zu helfen.

Die freien Hilfskassen.

Nachdem erst vor wenigen Tagen die Noth durch die Blätter gelaufen, daß eine der ersten Vorlagen für die neue Reichstagsession, welche der Bundesrath feststellen gedenke, eine Novelle zum Krankenkassengesetz sein werde, verdient eine Bemerkung in dem Jahresbericht der Handelskammer zu Halle a. S. besondere Beachtung. Es heißt daselbst bei Besprechung der Wohlthaten sowie einiger Mängel des Krankenkassengesetzes wörtlich: „Sehr schlecht fügen sich in den Rahmen der Krankenkassen die bezogenen freien Hilfskassen ein, weshalb deren Beseitigung, nachdem die Leistungen der Krankenkassen erhöht sind, als wünschenswerth bezeichnet wird.“ Es geschieht hier zum ersten Male, daß das Verlangen ausgesprochen wird, die freien Hilfskassen schlechthin zu beseitigen. Die freien Hilfskassen haben zwar schon manche Ansehung zu erfahren gehabt, aber so weit, sie einfach aus der Welt geschafft werden zu wollen, war doch bisher noch niemand gegangen. Und gewiß mit Recht, denn so bewährte Einrichtungen errichtet man doch nicht kurzer Hand, bloß weil sie in irgend „einen Rahmen nicht passen“. Die segensreiche Wirksamkeit der Hilfskassen scheint ja auch von der hiesigen Handelskammer nicht verkannt zu werden; ja dieselbe scheint sogar der Ansicht zu sein, daß die freien Hilfskassen mehr leisten, als die reichsgesetzlichen Krankenkassen. Wenigstens wird das dadurch angedeutet, daß die Beseitigung jener erst eintreten solle, „nachdem die Leistungen der (zwangs-) Krankenkassen erhöht sind“.

So recht ist auch nicht abzusehen, weshalb überhaupt auf die Beseitigung der freien Hilfskassen hingedrängt wird. Die Concurrenz, welche dieselben den Zwangskassen machen, ist ja ohnehin keine große und überdies eine abnehmende. Erst kürzlich wurde von einer Seite mit einer Art Genugthuung darauf aufmerksam gemacht, und zwar unter Bezugnahme speciell auf das Königreich Sachsen. Dort machten die Mitglieder der freien Kassen in 1888 nur noch 18 Proc. (gegen 26 Proc. in 1887 und gegen 29 Proc. in 1886) aller gegen Krankheit Versicherten aus und auch die Zahl der Kassen selber war innerhalb des Jahres 1888 von 395 auf 369 gesunken. Für das ganze Reich stehen die Zahlen pro 1888 noch nicht fest, dagegen ist für 1887 bekannt, daß — ohne Einrechnung der Anapsschaftskassen — insgesamt 4 842 226 Personen gegen die materiellen Folgen von Krankheit versichert waren, davon nur 727 127 bei eingeschriebenen Hilfskassen, d. h. nur 15 Proc. Mit Einrechnung der Anapsschaftskassen sinkt dieser Procentfuß natürlich noch erheblich.

Bekannt ist ja freilich, daß gegenwärtig allgemein oder doch allgemein bei den Freunden der reichsgesetzlichen Krankenversicherung die Ansicht herrscht, die freien Kassen seien in mancherlei Beziehung bevorzugt. Die gleiche Ansicht wird auch an maßgebender Stelle getheilt, wenigstens hat der Staatssecretär v. Bötticher oft genug als das Ziel einer Reform des Krankenkassengesetzes hingestellt, Licht und Schatten gleichmäßig zu vertheilen. Und eine ungleiche Vertheilung von Licht und Schatten

erblicke er darin, daß die freien Kassen im Gegensatz zu den Zwangskassen freie Wahl bei der Aufnahme von Mitgliedern hätten, also alle und kränkliche Personen zurückweisen dürften. Letztere Thatsache ist ja richtig; fraglich ist es aber doch, ob schon um deswillen Licht und Schatten als ungleich vertheilt angesehen wird und die freien Kassen als bevorzugt betrachtet werden dürfen. Wenn in jenem Punkte die freien Kassen mehr „Licht“ haben, so haben sie doch auch in mehreren anderen Beziehungen mehr „Schatten“. Zunächst wäre da zu bemerken, daß bei den freien Kassen die Beiträge allein von den Arbeitern, bei den Zwangskassen dagegen zu einem Drittel von den Unternehmern gezahlt werden. Ferner ist den Mitgliedern der freien Kassen keinerlei Mitwirkung im Rahmen des Unfall- sowie des Invaliditätsversicherungsgesetzes gegönnt im Gegensatz zu den Mitgliedern der Zwangskassen. Auch fallen die sich innerhalb der 13 wöchentlichen Carenzeit abspielenden Unfälle den Mitgliedern der freien Kassen voll zur Last, während bei den Zwangskassen wieder (wie in Krankheitsfällen) die Unternehmer ein Drittel tragen. Das alles ist „Schatten“ für die freien Kassen. Nicht zu übersehen ist endlich, daß die Zwangskassen alte und kränkliche Arbeiter auch nur dann aufnehmen müssen, wenn letztere überhaupt in einem versicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt werden. Hört letztere auf — und wie viele Betriebe entledigen sich nicht baldmöglichst alter Arbeiter, falls sie sie überhaupt aufnehmen! — so hört auch die Versicherung auf. Im Gegensatz dazu müssen freie Hilfskassen jeden einmal aufgenommenen Arbeiter behalten, so lange er seine Beiträge bezahlt, ob er nun einem versicherungspflichtigen Betriebe angehört oder nicht. Jener ansehnliche Vorzug der freien Kassen scheint durch alles dies doch zum mindesten ausgeglichen.

Jedenfalls will die Sache sehr überlegt sein und auf keinen Fall ist es rathsam, der Handelskammer zu Halle zu folgen und mit den freien Kassen einfach reinen Tisch zu machen.

Das Ergebnis der französischen Generalrats-Wahlen.

liegt noch nicht vollständig vor. Nach den letzten Pariser Nachrichten, die bis Montag Abend reichten, waren in 1344 Bezirken 764 Republikaner und 419 Monarchisten gewählt, während in 149 Bezirken Stichwahlen bevorstehen. Es waren für 1434 ausstehende Mitglieder — 969 Republikaner und 465 Monarchisten — Ergänzungswahlen zu vollziehen. Es scheint also, daß die neuen Wahlen das bisherige Verhältnis der beiden Parteien nicht wesentlich verändern werden. Was aber schon jetzt klar ist, das ist, daß die Boulangeristen eine vollkommene Niederlage erlitten haben. Boulanger ist in 12 Bezirken gewählt und in 73 unterlegen, in einigen soll er noch zur engeren Wahl stehen. Jedenfalls ist die große „Volksabstimmung“ über den fröndlichen General, als welche seine Freunde die Generalratswahlen angesehen wissen wollten, gänzlich gegen ihn ausgefallen. Die Boulangeristischen Blätter machen eine gute Miene zum bösen Spiel und erklären, die Entscheidung werde erst bei den allgemeinen Sommerwahlen fallen. Ein moralischer Triumph für die Regierung ist zweifellos die Ruhe, mit der die Wahl verlief; besonders sah die Bevölkerung von Paris dem in den Provinzdepartements stattfindenden Wahlgeschäft ziemlich gleichgültig zu.

Ein aus kurz vor Schluß der Redaction zugehendes Telegramm ändert an der oben gegebenen Darstellung des Wahlergebnisses nichts wesentliches:

Paris, 30. Juli. (M. L.) 1421 Wahlergebnisse sind bekannt. 751 Republikaner und 497 Conservative sind gewählt; Boulanger ist zwölfmal gewählt. In 161 Bezirken bleiben Stichwahlen zu vollziehen.

Die englische Regierung über die Lage im Orient.

Die englischen Minister haben gestern Gelegenheit gehabt, sich in beiden Häusern über die Dinge im Orient zu äußern. Im Unterhause erklärte Ferguson, daß die Einwohner Aretas nicht den Wunsch ausgesprochen haben, unter britischen Schutz gestellt zu werden.

Wichtiger sind die beruhigenden Erklärungen, die der Premierminister über die orientalische Frage im allgemeinen gestern Abend in dem Oberhause abgab. Man telegraphirt uns darüber:

London, 30. Juli. (M. L.) Oberhaus. Anlässlich der Forderung Strathens auf Vorlegung des Schriftwechsels über Bulgarien erklärte Marquis v. Salisbury, Bulgarien sei gut regiert und mache erfolgreiche Fortschritte; ein Grund, Ruhestörungen zu befürchten, sei nicht vorhanden, vielmehr lägen ermuthigende Symptome für eine erhöhte Stabilität vor. Die großen und die kleinen Potentaten seien weniger als sonst geneigt, auf die Möglichkeit der Ruhestörungen in der Türkei zu speculiren. Rußlands Haltung sei die correcteste; die russische Regierung habe die friedlichen Versicherungen, die der Zar stets gegeben, in vollem Maße unterstützt. Die orientalische Frage gehe seiner Ansicht nach einer gesunden, friedlichen Lösung durch die natürliche Entwicklung der Kraft der dort wohnenden Völkerschaften entgegen.

Deutschland.

* Berlin, 29. Juli. In Antwerpen hält man daran fest, daß Kaiser Wilhelm am 31. d. Mts. auf der Fahrt nach England im Antwerpener

Hafen anlegen wird. König Leopold — meldet man dem „D. Tagebl.“ — wird den deutschen Kaiser begrüßen und sich mit ihm einige Stunden in Antwerpen aufhalten. Ein Parade findet nicht statt, dagegen ist ein Schiffsaufzug zu Ehren des Kaisers geplant. Die Deutschen Antwerpens haben beschloffen, dem deutschen Kaiser ein werthvolles Geschenk zu überreichen, und zwar entweder das mit Brillanten geschmückte Porträt des Kaisers oder ein kostbares, eine Adresse mit Unterschriften enthaltendes Album. Der Kaiser wird Brüssel nicht besuchen.

Ueber die Begleitung des Kaisers Franz Josef auf seiner Reise nach Berlin wird der „Argus“ aus Wien berichtet, daß der Kaiser außer vom Grafen Rainold von dem Chef des Cabinets-Kanzlei, Staatsrath Frhr. v. Braun, ferner von dem ersten General-Adjutanten Grafen Paar und vier Flügel-Adjutanten begleitet sein wird. Außer diesen Persönlichkeiten wird die Suite des Kaisers noch aus einer Reihe von Hofbeamten und sonstigen Functionären bestehen.

* Neuerdings ist der „Nordischen Correspond.“ zufolge der Termin der Ankunft des Kaisers Alexander in Kopenhagen, für welche seit zwei Monaten der 20. August festgehalten wurde, um 7 oder 8 Tage hinausgerückt worden. Darnach würde sich dann auch der Termin für den eventuellen Besuch des Kaisers bei dem Kaiser Wilhelm ändern.

* Eine Marine-Dampfbarkasse, die für Luftfahrten der kais. Familie und namentlich der Prinzen, bestimmt ist, ist auf der Havel bei Potsdam eingefahren. Drei Matrosen, ein Bootsmannsmaat und zwei Maschinisten bilden, der „Berl. Ztg.“ zufolge, die Besatzung des neulichen Fahrzeuges.

St.-C. [Minister-Urtheile.] Minister v. Bötticher hat nach der Sitzung am 27. Berlin wieder verlassen, wird jedoch in diesen Tagen dorthin zurückkehren. — Minister v. Schöler gedenkt seinen Geschäftsurlaub im Monat August anzutreten, ohne daß jedoch der Termin hierfür bereits definitiv bestimmt wäre. Voraussichtlich wird dies jedoch in der zweiten Hälfte des August nach dem Besuche des Kaisers Franz Josef in Berlin der Fall sein, nach welchem auch der Staatssecretär des Reichsjustizamts, v. Dehlschlager, in Urlaub gehen wird.

* [Vom Pfälzer Katholikentag], der Montag stattfand, gehen der „N.-Z.“ und der „Post“ aus Mannheim gleichlautende Telegramme zu, in welchen es heißt: „Zu dem gestern Nachmittag in Neustadt abgehaltenen pfälzischen Katholikentag waren achttausend Personen erschienen; da der Saal nur viertausend faßt und die Behörde eine gleichzeitige zweite Versammlung in einem anderen Lokale unterlagte, so wurden dieselben Reden in einer zweiten Abends stattfindenden Versammlung wiederholt. Der Geist der Versammlung erhellt aus einer Bemerkung des Abg. Lieber, der Giordano Bruno einen „Ekel“ und „Schwein“ nannte und die Brunofeier einen „Tanz um das goldene Schwein“.“

* [Politisch verboten] sind der „Post. Ztg.“ zufolge sämtliche öffentlichen Frauenversammlungen. So wurde eine Versammlung von Arbeiterinnen, die am Freitag vor acht Tagen, eine solche von Mäntelnäherinnen, die am vorigen Mittwoch stattfanden sollte, nicht genehmigt. In beiden Versammlungen sollten gewerkschaftliche Fragen besprochen werden. Eine dritte Arbeiterinnenversammlung, die für den 30. d. M. geplant war, um von Frau Ihrer aus Belten einen Bericht über die Verhandlungen und den Verlauf des Pariser Congresses zu hören, wurde gleichfalls verboten. Dies ist um so auffälliger, als heute die Former, die Tischler, die Maurer sich zu gleichem Zwecke versammeln dürfen.

* [Ueber die deutsche Colonialgesellschaft für Südwestafrika] veröffentlicht jetzt Herr v. Eyllenthal in der „Argus-Zeitung“ einen Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Verwaltungsraths vom 10. Juli. In dem Protokoll heißt es:

„Gestern berichtete der Vorstand über Verhandlungen, welche er mit einem in England wohnenden Unternehmer, namens Groll, über Abtretung von Eigentums- und Concessionsrechten an den Genannten oder eine von demselben zu bildende Gesellschaft gepflogen hat, und über die wegen dieses Geschäftes mit dem Auswärtigen Amt statgehabte Correspondenz. Der Vorstand beantragte, daß ihm die Vollmacht erteilt werde, das Grundeigenthum der Gesellschaft, sowie die von derselben erworbenen Bergwerks-Concessions unter möglichst günstigen Bedingungen zu veräußern und zu solchen Veräußerungen die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen. Dieser Antrag wurde mit 6 gegen 1 Stimme angenommen. Es wurde gleichzeitig beschloffen, über diesen Gegenstand die strengste Discretion zu beobachten. Nachdem der Vorstand noch von der in Folge der letzten Verwaltungsrathssitzung unter dem 19. Februar l. J. an den Herrn Reichskanzler gerichteten Eingabe, worin der Schutz des Reichs für die Wiederherstellung der Ordnung im Damaralande angerufen worden war, und von der darauf erfolgten Antwort des Auswärtigen Amtes Mittheilung gemacht hatte, wurde die Sitzung um 12¼ Uhr geschlossen. Zur Beglaubigung: (gez.) Neubauer, v. Hofmann, J. Cornelius, Weber.“

An der Abstimmung nahmen Theil Herr v. Bleichröder, Frhr. v. Scharfstein, Graf Frankenberg, Bankdirector Funk, Commerzienrath Helmann, Bankdirector Holländer und Commerzienrath Neubauer. In dem Protokoll wird ferner angegeben, daß sich zur Zeit das Vermögen der Colonialgesellschaft auf 110 000 Mk. belief, daß es aber am Ende des Jahres nur noch 60 000 Mk. betragen werde. Der in England lebende Unter-

A. Th. Hofemann in Berlin.